

## **Erklärung des Frauenarbeitskreises der DKP zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2011**

### **Gewalt gegen Frauen und Krieg gegen Frauen endlich beenden!**



Die Gewalt gegen Frauen bleibt weiterhin ein fester Bestandteil der Gesellschaft in Deutschland und weltweit. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1999 den 25. November zum „Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen“ erklärt. Dieser Tag ist für die Frauenbewegung überall auf der Erde aktuell. An diesem Tag kämpfen Frauen weltweit gegen Gewalt, sie klagen an, erinnern an die Opfer und leisten Widerstand.

Denn Gewalt gegen Frauen ist eine Verletzung der Menschenrechte und stellt kriminelles Unrecht dar. Gewalt erleben Frauen unterschiedlich. Sie wird als körperliche Gewalt, als psychische Gewalt und Demütigung, als sexualisierte Gewalt, als soziale Gewalt und als ökonomische Gewalt zur Machtausübung eingesetzt. Häufige Gewaltformen sind die sogenannte häusliche Gewalt, Stalking, sexualisierte Gewalt, Frauenhandel und Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung.



Systematische Massenvergewaltigen und gezielte Tötungen von Frauen und Mädchen gehören in vielen Teilen der Welt zur Kriegsstrategie wie im Jugoslawienkrieg (1991-1999), Irak-Krieg seit 1990, Afghanistan 2001 und zahlreichen hier ungenannten Kriegen und regionalen Konflikten in Afrika und Asien. Durch Kriege sind Millionen von Frauen traumatisiert, sie leiden an den Folgen dieser Gewaltexzesse und werden durch die wirtschaftliche und soziale Not, die durch Kriege entstehen wieder in Gewaltverhältnisse wie beispielsweise die Zwangsprostitution gepresst. Frauenrechte dürfen nicht als Alibi dazu missbraucht werden, Kriege weltweit zu rechtfertigen. Fraueninitiativen in verschiedenen Teilen der Welt benutzen mittlerweile den Begriff „Feminizid“ umso darauf hinzuweisen, dass Gewalt gegen Frauen vielfach systematisch ausgeübt wird und dass sie häufig Opfer gezielter Tötung werden.

### **Die politische Tatenlosigkeit beenden – ein Politikwechsel zum Schutz von Frauen muss her!**

Gewalt an Frauen ist keine seltene Randerscheinung in unserer Gesellschaft sondern ist fester Bestandteil des bundesdeutschen Alltags. Dabei werden Frauen

überwiegend von Männern geschlagen, gedemütigt und sexuell misshandelt weil sie Frauen sind. Die bekannte Studie des Bundesfamilienministeriums „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ 2004 hat ergeben, dass junge und ältere Frauen, Frauen aus allen Sozial- und Bildungsschichten, Migrantinnen und Frauen ohne Migrationserfahrungen Opfer von Gewalt geworden sind. Hier einige wenige Ergebnisse der Studie:

- 40% der Frauen in Deutschland haben seit ihrem 16. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt.
- 25% der in Deutschland lebenden Frauen haben Gewalt durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt (häusliche Gewalt).
- 13% der in Deutschland lebenden Frauen haben seit dem 16. Lebensjahr strafrechtlich relevante Formen sexueller Gewalt erlebt.
- 42% der in Deutschland lebenden Frauen haben psychische Gewalt erlebt, z.B. Einschüchterung, Verleumdungen, Drohungen, Psychoterror.
- Gewalt gegen Frauen wird überwiegend durch Partner oder Expartner und im häuslichen Bereich verübt.

### **Schutzschirme für von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen statt Bankenrettungspläne!**



Jährlich fliehen in Deutschland rund 20.000 Frauen mit fast ebenso vielen Kindern ins Frauenhaus. Die unzureichende Finanzierung bedroht jedoch die Existenz vieler Frauenhäuser. Gab es 2002 in der Bundesrepublik rund 440 Frauenhäuser, so mussten im Laufe der vergangenen 10 Jahre aufgrund von Kürzungen in den Sozialhaushalten von Ländern und Kommunen etliche Häuser schließen oder die Zahl der Plätze und Personal reduzieren. Die verbliebenen 350 Häuser sind häufig überbeansprucht. Hinzu kommen Versuche die Aufenthalte zeitlich weiter einzugrenzen und politischen Einfluss auf die Konzepte von autonomen Frauenhäusern zu nehmen. Durch die Hartz-Gesetzgebung müssen hilfeschuchende Frauen eine aufwändige Überprüfung über sich ergehen lassen. Frauen aus EU-Ländern und Frauen ohne sichere Aufenthaltserlaubnis haben in der Regel keinen Zugang zum Frauenhaus. Sie müssen ihren Aufenthalt selber zahlen. 2009 beschlossen die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD die Prüfung der finanziellen Situation der Frauenhäuser. Passiert ist bis heute nichts. Es gibt zwar das Gewaltschutzgesetz von 2001 und die Bundesregierung hat 2007 den "Aktionsplan II der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen" verabschiedet. Aber Papier ist ja bekanntlich geduldig! Frauenhäuser bieten oft schnelle Hilfe für die Betroffenen, sie sind oft die einzige Fluchtmöglichkeit – aber gerade hier wird gespart. Verwiesen sei an dieser Stelle auf die hektischen

Aktivitäten und politischen Beschlüsse zur Rettung der Banken. Wo bleiben die Hilfen für Frauen-Schutzschirme?

Es kommt hinzu, dass politische Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen nicht auf ihre Wirksamkeit hinsichtlich einer realen Reduzierung der Gewaltvorkommnisse untersucht werden. Die Auswirkungen der Sozialgesetzgebung bezüglich ihrer Auswirkungen auf Art und Ausmaß von Gewalt gegen Frauen sind schon gar kein Thema – auch nicht bei den Ministerinnen von der Leyen oder Schröder.

**Den Kapitalismus überwinden, um dauerhaft alle bestehenden Gewaltverhältnisse zu beenden!**



Tatsache ist, dass die Gewalt an Frauen weiter zunimmt. Der Kapitalismus kann trotz zahlreicher Fensterreden diese Realität nicht ändern. Im Gegenteil: Die Frauenunterdrückung wird spürbarer. Dies wird durch die neoliberale Politik weiter verschärft. Frauen sind durch die Kürzung sozialer Leistungen, Privatisierung und den Abbau demokratischer Rechte, durch die radikale Umverteilung von unten nach oben, prekärer Beschäftigungsverhältnisse besonders betroffen. Die neoliberale Globalisierung verstärkt so die bestehende Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung. Dies ist auch ein fruchtbarer Boden für die Gewalt gegen Frauen, die in allen sozialen Schichten Alltag ist.

Karl Marx und Friedrich Engels haben den Grad der weiblichen Emanzipation als das natürliche Maß für die allgemeine Emanzipation des Menschen erklärt. Am Beispiel der Gewalt an Frauen macht dieser einfache Maßstab deutlich, dass der Kapitalismus keine gesellschaftliche Basis ist, um Frauen endgültig aus diesen Gewaltverhältnissen zu befreien. Hier regieren alleine das Kapital und der Profit. Denn im Kapitalismus wird alles zur Ware und so ist der Sexismus das Ergebnis der Darstellung der Frau und ihres Körpers als Ware, die so zu einem „Gebrauchsgegenstand“ wird. Der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus bedeutet dabei nicht zwangsläufig, dass Gewalt gegen Frauen sofort beendet wird. Aber es sind politische, ökonomische und kulturelle Voraussetzungen für die Frauen geschaffen in einem Prozess, den sie aktiv gestalten und lenken können, die bestehenden Gewaltverhältnisse und patriarchalische Strukturen aufzulösen. Auch hier bleibt eine starke Frauenbewegung unabdingbar! Notwendig ist nach unserer Auffassung ein Diskussionsprozess in der Frauenbewegung über gesellschaftlichen Alternativen.

Forderungen der DKP:

**Finanzierung von Schutzschirmen als Sofortmaßnahme für von Gewalt bedrohter und von Gewalt betroffener Frauen**

- Volle Finanzierung bestehender Frauenhäuser und Einrichtung neuer Frauenhäuser, Öffnung der Frauenhäuser für alle Frauen, Aufenthalt ohne zeitliche Vorgaben und bürokratische Hürden (Hartz-Gesetzgebung)
- Flächendeckendes bundesweites Angebot an Frauenhäuser, Frauenzufluchtswohnungen, Frauenfachberatungsstellen, Notrufgruppen bei sexualisierter Gewalt und Vergewaltigung, Interventionsstellen mit Beratung, Angebote für Frauen mit Behinderungen, Stalkingopfer, für Migrantinnen, für von Zwangsverheiratung betroffene oder bedrohte Frauen, für Frauen, die von Genitalverstümmelung bedroht oder betroffen sind sowie für Frauen, die von Frauenhandel oder Zwangsprostitution betroffen sind.
- Aktionspläne der Bundesregierung und der Landesregierungen müssen auf ihre Wirksamkeit bezüglich der Gewaltreduzierung überprüft werden.
- Notwendig ist die Einrichtung einer bundesweiten Frauenkommission, in der Frauenverbände, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Sozialverbände, autonome Frauenhäuser und betroffene Frauen vertreten sind, um die Auswirkungen von Gesetzen auf Art und Ausmaß von Gewalt an Frauen zu überprüfen und notwendige Alternativen zu entwickeln. Insbesondere geht es auch um präventive Maßnahmen zur Gewaltverhinderung.
- Keine Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten Kriegseinsätzen! Sofortmaßnahmen zur Umsetzung der UN-Resolution, die ein Ende der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen in militärischen Konflikten fordert. Nicht nur formale Anerkennung, sondern Anwendung der geschlechtsspezifischen Gewalt im Zuwanderungsgesetz von 2005 als Asylgrund für Frauen. Kriegsführende und kriegsunterstützende Staaten müssen zur Finanzierung aller Hilfen für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt in Kriegen wurden, verpflichtet werden. Wir fordern, dass die Bundesregierung die Ausgaben, die sie bisher für Kriege ausgegeben hat, nun den Opfern zur Verfügung stellt!

Weitere Informationen zum Thema Gewalt gegen Frauen:

Erklärung von EL-Fem und der Europäischen Linken „Ein Ende der Gewalt gegen Frauen“. Diese Erklärung enthält insbesondere europäische Aspekte und Forderungen gegen Gewalt gegen Frauen. Nachzulesen ist sie im Nachrichtenportal der DKP - [www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de).

Weitere Informationen zum Thema Gewalt gegen Frauen in Deutschland gibt es beispielsweise unter: [www.frauenhauskoordination.de](http://www.frauenhauskoordination.de) oder [www.autonome-frauenhaeuser-zif.de](http://www.autonome-frauenhaeuser-zif.de)."

